

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

Nr. 12.

Charlottenburg, Freitag, den 19. März 1920.

Jahrg. 47.

Sachliche Kritik.

Ist Kritik überhaupt notwendig und wünschenswert? Wir sagen: „Ja“. Kritik ist geradezu das Salz in der Suppe, ist unentbehrlich überall dort, wo in gemeinschaftlicher Arbeit etwas Erprobliches geleistet werden soll. Ohne eine sachliche Kritik und dabei gegebene Anregungen würde manche wertvolle Arbeit unerrichtet bleiben. An welcher Stelle wäre eine Kritik in diesem Sinne nicht notwendiger, als auf dem Gebiete des Tarifvertragswesens? Ist solcher Vertrag einmal abgeschlossen, dann erreicht die wirksame Gültigkeit für einen großen Personenkreis für eine bestimmte Dauer. Die verhältnismäßig wenigen Personen, die am Zustandekommen eines Tarifes unmittelbar als Unterhändler mitwirken, brauchen Anregungen und Hinweise aus den Reihen derer, für die der abzuschließende Tarif dann Gültigkeit haben soll. Eine Kritik dieser Art darf sich nicht nur darauf beschränken, zu tadeln, sondern nach Auffassung der Kritiker Anlaß zu tadeln gegeben ist, sondern soll auch Vorschläge machen, wie es besser gemacht werden soll. Diese Vorschläge müssen von den Kritikern auch sorgfältig auf ihre Brauchbarkeit und Durchführbarkeit geprüft sein, ehe sie in der Öffentlichkeit der öffentlichen Diskussion unterbreitet werden.

In den letzten Wochen in unserer „Ameise“ zum Ausdruck gekommene verschiedentliche Äußerungen von Zahlstellen geben uns Anlaß, dahin zu wirken, daß in erster Linie sachliche Kritik geleistet und nebenher auch brauchbare Anregungen gegeben werden. So nützlich eine sachliche Kritik wirken kann, so sehr kann und wird das Gegenteil erreicht durch eine unsachliche und völlig fehlgehende Kritik. Das letztere soll aber nach Möglichkeit verhindert werden, um die Schäden zu vermeiden, die daraus entstehen. Wenn in Betracht gezogen wird, daß ein großer Teil unserer heutigen Mitglieder noch nicht allzu lange organisiert ist, demnach noch nicht in seinen gewerkschaftlichen Auffassungen so gefestigt sein kann, wie es notwendig wäre, um allen Versuchungen, dem Verbands wieder den Rücken zu kehren, widerstehen zu können, dann dürfte die Mahnung zu sachlicher Kritik berechtigt sein.

Es ist nicht zu viel behauptet, wenn gesagt wird, daß nur die Lohnfrage allein es ist, die alle Kritik in Anspruch nimmt. Wenn das bis zu einem gewissen Grade auch erklärlich ist, speziell unter Berücksichtigung der heutigen Lebensverhältnisse, so ist doch zu bedauern, daß andere, nicht minder wichtige Tarifpositionen völlig außer acht gelassen werden. Die Frage der Ortsklasseneinteilung, die Unterscheidung zwischen Facharbeitern und sonstigen Arbeitern ist, unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, eine reine Lohnfrage und als solche von allen Zahlstellen, die sich öffentlich dazu geäußert, auch behandelt worden.

Es ist nicht in allen Fällen nur kritisiert worden, sondern es sind, wenn auch nur vereinzelt, Vorschläge gemacht worden, die bei künftigen Tarifverhandlungen berücksichtigt werden sollen. Eine Zahlstelle (den Namen lassen wir weg, weil er für unseren Zweck ohne Belang ist und es nur auf die Sache ankommt) verlangt, daß alle über 20 Jahre alten Personen einen einheitlichen Lohn zu erhalten haben. Wie es möglich sein konnte, daß eine ganze Zahlstelle solchen Beschluß faßt, ist uns ein Rätsel. Wir behaupten, daß die Möglichkeit einer praktischen Durchführung dieses Beschlusses gar nicht einmal erwähnt, viel weniger erwogen worden ist. Eine nur kurze Diskussion über diese Frage, und wenn sie noch so oberflächlich geführt worden wäre, mußte sofort einen Teil der entgegenstehenden Schwierigkeiten und unübersteiglichen Hindernisse aufzeigen. Das Verlangen nach vollkommen gleichmäßiger Entlohnung, ohne Rücksicht auf die Leistung, ist übrigens nicht mehr ganz neu, ist auch keine Original-Erfindung der be-

treffenden Zahlstelle, ist aber trotzdem nichts anderes, als eine schwülstige Phrase, mit der im praktischen Leben nichts anzufangen ist. Auf ein Moment sei hierbei nur hingewiesen; angenommen, es gelänge, diese Forderung zu verwirklichen, was wäre für die Frauen dabei gewonnen? Etwa der gleiche Lohn wie für die Männer in jedem Fall? Ach nein — der zunächst zu erzielende Effekt würde eine beginnende Verdrängung der Frauen aus den Betrieben sein. Die Frauen, die darauf angewiesen sind, sich ihren Lebensunterhalt allein erwerben zu müssen, würden sich bald sehr bedanken für den Bürodienst, der ihnen mit dem Verlangen auf vollkommen gleichmäßige Entlohnung ohne Rücksicht auf die persönlichen Leistungen erwiesen würde. Dieses Ziel zu erreichen, ist bestimmt nicht die Absicht der betreffenden Zahlstelle, aber die ungewollte Wirkung ihres Antrages; oder soll der einheitliche Lohn auch auf die Mitglieder ausgedehnt werden, die infolge eines körperlichen oder seelischen Gebrechens minderleistungsfähig sind? Sollen diese letzteren auch aus den Betrieben hinausgedrängt werden? Haben etwaige Kriegsbeschädigte gegen solchen Antrag wirklich nichts einzuwenden gehabt?

Wenn die Kollegen der fraglichen Zahlstelle ihr Verlangen nach vollkommen einheitlichen Löhnen für alle über 20 Jahre alten Personen noch einmal gründlich unter die Lupe nehmen wollten, würden sie bald noch weitere Konsequenzen entdecken, die in ihrem Antrage liegen, von ihnen aber nicht beabsichtigt waren. Bei näherem Zusehen, dessen sind wir überzeugt, würden sie bald zu derselben Auffassung kommen, wie wir, daß ihr Antrag bedenkliche Schattenseiten enthält.

Eine andere Zahlstelle schüttet das Kind gleich mit dem Bade aus; weil ihr die tariflichen Abmachungen in der Lohnfrage nicht gefallen, ist sie gegen den Abschluß von Reichstarifen überhaupt. Zu solcher Auffassung kann doch nur jemand gelangen, der den Tarif nur unter dem Gesichtswinkel engbegrenzter lokaler Interessent bewertet. Ob die betreffende Zahlstelle meint, daß nur für den einzelnen Betrieb oder für den Bezirk usw. geltende Tarife abgeschlossen werden sollen, oder ob vom Abschluß von Tarifen überhaupt abgesehen werden soll, wird allerdings nicht gesagt. Wenn die Auffassung dieser Zahlstelle in diesem Punkte richtig wäre, dann müßten in der Zeit, in der wir keinen Reichstarif hatten, die besseren Verhältnisse gewesen sein gegenüber dem jetzigen tariflichen Zustand. Solche Behauptung würde wohl bei einem großen Teile unserer Kollegen ungläubigen Ohren begegnen. Wir bezweifeln, daß dieser Antrag reiflich erwogen, ehe er in die Öffentlichkeit gesandt wurde.

Wieder einige andere Zahlstellen sprechen dem Vorstände das Vertrauen „voll und ganz“ ab, weil sie mit der Regelung der Lohnfrage nicht einverstanden, bzw. weil ihre Orte nicht in die Lohnklasse gesetzt wurden, die gewünscht wurde. Nehmen diese Kollegen für sich in Anspruch, ihren Beschluß in allen seinen Teilen und Folgerungen ausreichend geprüft zu haben? Zu ihren Gunsten nehmen wir an, daß letzteres nicht der Fall sein kann. Es ist doch allen Mitgliedern bekannt, daß gegen die Einrichtung einer bestimmten Ortslohnklasse Einspruch beim Schlichtungsamt erhoben werden kann. Da sollte doch zunächst noch abgewartet werden, bis ein Spruch des Schlichtungsamts vorliegt, ehe ein endgültiges Urteil abgegeben wird. Aber ganz abgesehen davon, ist das überhaupt ein stichhaltiger Grund zum Auffahren des schwersten Geschüßes, das es geben kann?

Eine Stufe weiter auf der Leiter unsachlicher Kritik gelangt die Zahlstelle München, die in der gleichen Nummer sich mit einer Resolution an alle Zahlstellen wendet. Wenn wir in diesem Falle

den Namen der Zahlstelle vermerken, dann deswegen, weil die Resolution, gegen deren Inhalt wir uns wenden, irgendwie benamset sein muß. Anscheinend handelt es sich nur um eine Entschließung der Mitglieder, die in der Porzellanmanufaktur Nymphenburg beschäftigt sind, und nicht um eine solche der gesamten Zahlstelle München. Doch dieses nur nebenher. In dieser Resolution werden die sämtlichen Kollegen aufgefordert, im Sinne der Zahlstelle M. zu wirken. Wir befürchten, daß es noch manchem anderen Kollegen ergehen wird, wie uns, die vergeblich den „Sinn“ suchen, der aus dieser Resolution sprechen soll. Nach der Auffassung, die in der Resolution München ausgesprochen wird, soll unser Vertrag nicht dem „neuen Geist der Zeit“ entsprechen, soll der Vertrag eine „Verleumdung der Kollegen“ bedeuten, „ein Faustschlag ins Gesicht der Kollegen“ sein. In Zukunft darf kein Vertrag mehr abgeschlossen werden, weil ein solcher nichts anderes bedeutet als eine fortwährende Ausbeutung der Arbeitskraft. Also ohne Vertrag würden unsere Kollegen nicht ausgebeutet, nach der logischen Konsequenz der Resolutionäre in M. Daß wir ohne Vertrag eine bedeutend längere Zeitspanne gearbeitet haben, als mit Vertrag, und daß die Zustände im Berufe ohne Vertrag immer trostloser wurden, sieht unsere Kollegen in M. nicht an. In demselben Atemzuge sagt die Resolution aber auch, daß der Vertrag ein Produkt des „alten gewerkschaftlichen Systems“ sei. Das „alte System“ war bei uns der vertragslose Zustand. Dieser braucht heute nicht mehr bekämpft zu werden; heute haben wir einen Vertrag. Die Logik ist in dieser Resolution böse zu kurz gekommen. Das sind die Kollegen, die sich berufen fühlen, unsere Gewerkschaft „im revolutionären Geiste umzuwandeln“. Ja, wenn mit Phrasen bessere Zustände zu schaffen wären, dann müßten wir gestehen, daß wir auf die Kollegen in M. große Hoffnungen setzen würden, daß sie als Neuerer in unserem Berufsleben zu Großem berufen wären. Leider befürchten wir aber, daß die Kollegen in M. in die größte Verlegenheit gerieten, wenn man von ihnen verlangen würde, ihre großen Worte in Taten umzusetzen oder auch nur im einzelnen darzulegen, was sie bei der Abfassung und Zustimmung zur Resolution eigentlich gedacht haben? Jüngendern realisierbarer Vorschlag oder auch nur der Versuch eines Nachweises, daß und mit welchen anderen Mitteln größere Vorteile für die Gesamtheit der Kollegen zu erzielen wären, ist in der Resolution M. nicht enthalten. Wir halten eine solche Art der Kritik nicht für unbedenklich, weil damit die Gefahr heraufbeschworen wird, daß Mitgliederverluste entstehen können, wenn die Organisation als solche öffentlich herabgewürdigt wird.

Eigentümlich berührt es, daß andere Tarifpositionen, außer der Lohnfrage, von der Kritik gänzlich unberührt blieben. Ist denn die Frage der Arbeitsvermittlung und der Arbeitsnachweisung gänzlich interesselos? Hat die Lehrlingsfrage in unserem Berufe keine Existenzberechtigung; läßt sich dazu nichts sagen? Bekanntlich soll eine Kommission eingesetzt werden, die die Lehrlingsfrage regeln soll. Es wäre wahrscheinlich der Kommission erwünscht, wenn sie vor Beginn ihrer Tätigkeit Hinweise und Fingerzeige erhielte, wie die Auffassung hierzu in Kollegenkreisen ist. Oder soll auch hier vorsichtig gewartet werden, bis die Kommission mit dem Ergebnis ihrer Tätigkeit an die Öffentlichkeit tritt, um dann desto schärfer kritisieren zu können? Die Kritik am fertigen Produkt ist allerdings weniger beschwerlich, als auf ungeebneten Pfaden voranzugehen.

Unter Berücksichtigung des vorher Angeführten wird man es begreiflich finden, wenn wir dem Wunsche Ausdruck geben, die Kollegen möchten im eigensten Interesse sich etwas tiefer in das ganze Tarifproblem hineinversetzen. Gerade in einem Berufe, wie dem unseren, in dem es erst seit Jahresfrist eine Vertragspolitik gibt, ist es nicht schwer, Vergleiche anzustellen, welcher Zustand der bevorzugtenswerteste ist: der mit oder ohne Vertrag. Daß ein Tarifvertrag, wie alles, seine Licht- und Schattenseiten hat, ist allgemein bekannt. Es muß aber abgewogen werden, ob die Nachteile in den Kauf genommen werden können, der mit dem Tarif verbundenen Vorteile wegen oder nicht.

Obwohl überflüssig, wollen wir noch einmal hervorheben, daß es unsere Absicht nicht ist und nicht sein kann, die Kritik zu unterbinden. Wir wünschen eine lebhafteste und bedeutend lebhafteste Kritik, als sie sich heute zeigt. Jedoch soll jede Zahlstelle, jeder Kol., der öffentlich kritisiert, sich immer der Tragweite seiner Kritik bewußt sein und ihre eventuellen Wirkungen vorher abwägen, so ein Urteil abgegeben wird. Stets und da jeder ... muß sein, eine Forderung, eine Verbesserung des bestehenden Zustandes herbeizuführen. Dieses Ziel wird aber nur erreicht von einer solchen Kritik.

Die Tarifverträge im Deutschen Reiche am Ende des Jahres 1918.

Das ereignisreiche Jahr 1918 hat auch für das Tarifwesen eine ganz besondere Bedeutung.

Am 15. November 1918 kam zwischen den Spitzenverbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein Abkommen zustande, die Grundlage für die seitdem in allen Gewerbegruppen ins Leben getretenen Arbeitsgemeinschaften bildet. Es wurde darin vereinbart, daß die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen, entsprechend den Verhältnissen des betreffenden Gewerbes, durch Kollektivvereinbarungen mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen, die Verhandlungen hierüber ohne Verzug aufzunehmen und schleunigst zum Abschluß zu bringen sind. Der große Aufschwung, den seitdem das Tarifwesen in Deutschland genommen hat, setzte im wesentlichen im Jahre 1919 ein, nachdem noch kurz vor Jahresfrist die Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 die gesetzliche Anerkennung der Tarifverträge gebracht hatte.

Es ist daher erklärlich, wenn in der Statistik der Tarifverträge am Ende des Jahres 1918, die das soeben erschienene Jahrbuch des „Reichsarbeitsblattes“ zur Veröffentlichung bringt, von dem Umschwung noch wenig zu spüren ist. Der Bestand an Tarifgemeinschaften am Ende des Jahres 1918 (7819 Tarifgemeinschaften) zeigt hiernach gegenüber dem Vorjahre mit 8800 Tarifgemeinschaften sogar einen Rückgang, obwohl im Jahre 1918 1853 neue Tarifverträge (gegenüber 1216 im Vorjahre) Kraft getreten sind.

Man geht wohl nicht fehl, wenn man diesen Rückgang auf überall in der Tarifvertragspolitik zutage tretende Tendenz, Verträge zu zentralisieren, zurückführt. Dafür spricht auch, daß die Zahl der tariflich gebundenen Betriebe und Personen gegenüber dem Vorjahre zugenommen hat (107 503 Betriebe im Berichtsjahre gegen 91 313 im Vorjahre, 1 127 690 Personen im Berichtsjahre gegen 905 670 im Vorjahre).

Von den am Ende des Jahres 1918 bestehenden Tarifgemeinschaften besaßen 15 (für 18 936 Betriebe mit 286 024 beschäftigten Personen) einen Geltungsbereich über das ganze Reich. Zahl dieser Reichstarife macht zwar nur 0,2 v. H. aller Tarifgemeinschaften (mit 17,6 v. H. aller Betriebe und 25,4 v. H. aller Personen) aus. Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Statistik nur diejenigen Reichstarife als Zähleinheiten behandelt, die eine unmittelbare Festlegung der Arbeitsbedingungen das ganze Reich enthalten und nicht durch örtliche, bezirksliche oder fachliche Tarifverträge ergänzt zu werden brauchen. Wesentlich größer ist die Zahl der Reichstarife, die nur einige allgemeine Normen für das betreffende Gewerbe, vielfach nur ein gemeinsames Vertragsmuster geben, bei denen aber im übrigen besondere örtliche oder berufliche Tarifvereinbarungen die weiteren Einzelheiten regeln.

In einer umfangreichen Übersicht ist im „Reichsarbeitsblatt“ der Bestand und die Bewegung der Tarifverträge in den einzelnen Gewerbegruppen wiedergegeben. Danach hat das Baugewerbe die größte Zahl an Verträgen und tariflich erfaßten Betrieben aufzuweisen (1678 Verträge, 23 475 Betriebe), während auf die Metallindustrie, mit nur 804 Verträgen für 10 983 Betriebe, die Höchsthöhe tariflich gebundener Arbeiter, nämlich 282 430, entfällt (gegenüber 141 451 Arbeitern im Baugewerbe). Diese Zahlen spiegeln deutlich die verschiedene gewerbliche Verfassung der beiden Industriegruppen wider. Erheblich sind ferner die Zahlen der tariflich gebundenen Arbeiter im Holzgewerbe (120 114), in der Bekleidungsindustrie (141 229) und in der Textilindustrie (91 399). Die geringste Besetzung zeigt 1918 noch der Bergbau, der in 2 Tarifgemeinschaften für 2 Betriebe nur 481 Arbeiter zählt. Hier wird die Statistik des Jahres 1919 ein von Grund auf verändertes Bild bieten. Sind doch an dem am 25. Oktober 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier allein rund 400 000 Arbeiter beteiligt. Weniger wird die Entwicklung der Angestelltenverträge im Anfang 1919, die im Jahre 1918 noch keine Rolle spielten, das Bild der Tarifstatistik künftig beeinflussen.

Wichtige Schlüsse lassen sich auch aus der Nebenstatistik ziehen, welche die Tarifgemeinschaften am 31. Dezember 1918 nach ihrem Abschluß und ihrem Geltungsbereiche behandelt. Aus ihr ist zu ersehen, welche Tarifgemeinschaften in den einzelnen Gewerbegruppen von Verbänden, von Innungen oder von Einzelbetrieben abgeschlossen sind. Auch gibt sie Aufschluß darüber, inwieweit in den einzelnen Gewerbegruppen abgeschlossene Verträge für Orts-, Bezirks- oder Reichstarife sind. Hier zeigt sich beim Vergleich mit den Ergebnissen der Tarifstatistik der Vorjahre die große Bedeutung der Reichstarife. Während im Jahre 1918

§. aller Tarifgemeinschaften Reichstarifgemeinschaften waren die von ihnen erfassten Betriebe 6,5 v. H., die beschäftigten Personen 5,6 v. H. aller Betriebe und Personen ausmachten, hob von 1917 bis 1918 die Verhältniszahl der Betriebe von 7,6 auf 17,6 v. H. und die Verhältniszahl der beschäftigten Personen von 11,2 v. H. auf 25,4 v. H. Andererseits nahm die Bedeutung der Firmentarife ständig ab. Waren im Jahr 1913 noch 77 v. H. der Tarifverträge Firmentarife mit 21,8 v. H. aller Betriebe und 4 v. H. aller beschäftigten Personen, so sank von 1917 auf 1918 die Prozentzahl dieser Tarifverträge von 68,8 auf 65,8 v. H., die Zahl der Betriebe von 22,3 auf 14,9 und die Zahl der beschäftigten Personen von 31,8 auf 27,2 v. H. Auch bei den Bezirkstarifen ist der Anteil der Betriebe und beschäftigten Personen, während der Ortstarifen, was die Zahl der Verträge und der Beschäftigten angeht, eine Steigerung des Anteils festzustellen ist. Betrachtet man den Anteil, den die einzelnen Tarifarten Ende 1918 der gesamten Tarifbewegung haben, so ergibt sich, daß naturgemäß die meisten Tarifverträge sich auf Firmen erstrecken (65,8 v. H.), während auf Orts- und Bezirkstarife nur ungefähr je 17 v. H., auf Reichstarife gar nur 9,2 v. H. entfielen. Die meisten Betriebe weisen dagegen die Bezirkstarife auf (37,8 v. H.). Die in den Tarifverträgen erfassten Arbeiter verteilen sich ziemlich gleichmäßig auf die 4 Tarifarten (Firmentarife 27,2 v. H., Bezirkstarife 26,8 v. H., Reichstarife 25,4 v. H. und Ortstarife 20,6 v. H.).

Schließlich geht das Tabellenwerk noch auf die Lohnsätze der Jahre 1918 in Kraft getretenen Tarifgemeinschaften ein und weist für die einzelnen Gewerbegruppen den niedrigsten Vertragsstundenlohn und den niedrigsten Vertragswochenlohn für erwachsene männliche Arbeiter nach. Beide haben eine erhebliche Steigerung erfahren, schon deshalb, weil die Einführung des Achtstundentages gegen Ende des Jahres 1918 ohne Verdienstminderungen vor sich gehen mußte. 87,3 v. H. der gelernten Arbeiter fielen unter Tarifgemeinschaften, die für gelernte Arbeiter einen Stundenlohn von 105 Pf. vorgesehen hatten, gegen 7,6 v. H. im Vorjahre; 9,8 v. H. der gelernten Arbeiter fanden sich in den Lohnstufen von 105 bis 145 Pf. Von den ungelernten Arbeitern kamen 88,3 v. H. gegenüber 28,0 v. H. im Vorjahre auf die Lohnstufen über 85 Pf. hin, und zwar 54,5 v. H. auf die Lohnstufen 85 bis 105 Pf. gegenüber 24,7 v. H. im Vorjahre. Bei Bewertung dieser Lohnsätze ist zu beachten, daß es sich hier nur um Mindestlohnsätze, nicht um den tatsächlichen Verdienst der Arbeiter handelt, wenn gleich anzunehmen ist, daß in vielen Fällen die tariflichen Mindestsätze von den Arbeitgebern nicht überschritten worden sind.

Differenzen zwischen Bergwerksbesitzern und Reichswirtschaftsministerium.

Wenn man die Vorgänge der letzten Woche im Bergbau verfolgt, glaubt man sich in die Zeit vor dem Kriege zurückversetzt. Die Bergbauunternehmer verlangen fortgesetzt Kohlenpreiserhöhungen. Bisher begründeten sie diese Forderung stets damit, daß die Produktionskosten gestiegen seien. Jetzt wollen sie eine weitere Preiserhöhung um 18 M. pro Tonne, und diese Forderung begründen sie damit, daß Ersatz- und Neuanlagen hergestellt und Material beschafft werden müßten, um die Produktion zu steigern. Das Reichswirtschaftsministerium war nicht abgeneigt, der Forderung auf Preiserhöhung nachzukommen, stellte jedoch die Bedingung, daß der Allgemeinheit ein größeres Kontroll- und Mitbestimmungsrecht im Bergbau eingeräumt werden müsse. Eigentlich müßte die Kapitalbeschaffung für den Ausbau der Bergwerke auf dem normalen Wege des Geldmarktes erfolgen. Wenn das aber nach der Erklärung der Bergwerksbesitzer nicht möglich ist und das Kapital durch Preiserhöhung beschafft werden muß, dann muß man auch den Geldgebern, und das sind die Konsumenten, ein Kontrollrecht gewähren. Besonders muß eine Sicherung dafür gegeben werden, daß die Mittel, die durch diese Kohlenpreiserhöhung dem Bergbau zugeführt werden sollen, nun wirklich in vollem Umfange der Erhöhung der Produktion zugute kommen. Dieser Standpunkt ist so selbstverständlich, daß man eigentlich nicht mehr darüber zu reden brauchte. Die Bergwerksbesitzer sind anderer Auffassung. Sie wollen zwar „ihre“ Bergwerke mit Hilfe der Allgemeinheit ausbauen, aber selbst Herr im Hause bleiben. Es kam dieserhalb in einer Sitzung des Reichskohlenrats am 4. Januar zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Unterstaatssekretär Professor Dr. Girsch, der den Standpunkt des Reichswirtschaftsministeriums vertrat und den Bergwerksbesitzern. Die Verhandlungen wurden damals ergebnislos abgebrochen. Am 8. Februar fand eine erneute Verhandlung über den gleichen Gegenstand statt, aber auch diesmal konnte eine Einigung nicht erzielt werden.

Die Bergwerksbesitzer erklärten jetzt auf einmal, für Neuanlagen das Kapital beschaffen zu können, sie wollen nur noch eine Preiserhöhung für Ersatzanlagen und Materialbeschaffung. Unseres Erachtens ist aber zwischen Neuanlagen und Ersatzanlagen nicht immer scharf zu unterscheiden. Die Bergwerksbesitzer würden deshalb, falls ihrer Forderung stattgegeben wird, ihr Ziel erreichen: Geld von der Allgemeinheit zu erhalten, und doch diese Allgemeinheit wieder auszuschalten. Alle vorgebrachten Einwände des Vertreters des Reichswirtschaftsministeriums ließen die Unternehmer unberücksichtigt, sie wollen ihren Willen durchsetzen. Dieser Kampf, der sich hinter den Kulissen abspielt, aber doch nicht ganz geheim gehalten werden konnte, beweist, daß sich die Bechenherren noch obenauf fühlen. Während die Arbeiterschaft nicht mehr weiß, wovon sie leben soll, während viele Existenzen aus dem Mittelstand und auch kleine Unternehmungen zusammenbrachen, glauben die Kohlenbarone, auf Kosten der Allgemeinheit besondere Gewinne erzielen zu können. Wie der „Vorwärts“ kürzlich nachwies, gibt es Zechen, die bei einer geringeren Förderung als 1914 trotzdem einen höheren Gewinn erzielen. Es ist an der Zeit, daß diesen Unternehmern einmal klar gemacht wird, daß das Allgemeininteresse zu berücksichtigen ist. Endlich ist es gelungen, die Kohlenförderung zu heben. Die Bergarbeiter haben manche berechtigte Forderung zurückgestellt; sie verfahren jetzt Uberschüssigen und tun, was in ihren Kräften steht, um das deutsche Wirtschaftsleben durch erhöhte Kohlenförderung zu retten. Das Verhalten der Unternehmer trägt wirklich nicht dazu bei, die Stimmung der Bergarbeiter zu heben. Profitinteresse geht halt vielen Unternehmern immer noch über das Gesamtinteresse.

Ueber die Wiederherstellung von Lebens- und Krankenversicherungen

sind durch eine Bekanntmachung vom 20. Dezember 1917 (Reichsgesetzbl., S. 1121) Bestimmungen ergangen, deren Kenntnis von größter Bedeutung ist. § 1 dieser Bekanntmachung bestimmt: „Sind die Rechte aus einer mit einem privaten Versicherungsunternehmen geschlossenen Lebens- und Krankenversicherung nach dem 31. Juli 1914 erloschen oder gemindert, weil der Versicherungsnehmer seine Verpflichtung zur Beitragszahlung oder eine andere vertragmäßige Obliegenheit infolge des Krieges nicht rechtzeitig erfüllt hat, so ist der Versicherungsnehmer berechtigt, die Wiederherstellung der Rechte aus der Versicherung zu verlangen. Die nicht rechtzeitige Erfüllung einer Zahlungspflicht gilt als durch den Krieg verursacht, wenn sie auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage des Versicherungsnehmers zurückzuführen ist.“

Die allgemeinen Bestimmungen über die Voraussetzung und den Umfang der Wiederherstellung stellt der Vorstand des Versicherungsunternehmens mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde auf. Der Antrag auf Wiederherstellung ist schriftlich unmittelbar an den Vorstand des Versicherungsunternehmens zu richten. Tritt nach der Absendung des Antrages der Versicherungsfall ein, so bleibt das Recht auf Wiederherstellung unberührt. Der Antrag auf Wiederherstellung muß bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Beendigung des Krieges gestellt werden. Als Zeitpunkt der Beendigung des Krieges hat der Reichswirtschaftsminister den 10. Januar 1920 bestimmt, so daß also die 6monatige Ausschlussfrist von diesem Tag ab läuft. Wird aber die Genehmigung oder Festsetzung der allgemeinen Bestimmungen für die Wiederherstellung erst nach der Beendigung des Krieges bekanntgemacht, so wird die Frist durch die Aufsichtsbehörde festgesetzt. Sie muß mindestens sechs Monate von der Bekanntmachung an betragen und ist bei dieser anzugeben. Für Versicherungsnehmer, die durch Kriegsverhältnisse an der Einhaltung der Frist verhindert worden sind, endet die Frist erst 6 Monate nach dem Wegfall des Hindernisses. Weitere Einzelheiten ergeben sich aus der Bekanntmachung vom 20. Dezember 1917.

Entwicklung unseres Kleingartenwesens.

DWA. Eine der wenigen erfreulichen Erscheinungen im gegenwärtigen Deutschland ist die Entwicklung unseres Kleingartenwesens. Die ja namentlich während des Krieges und seitdem mächtig angewachsenen Bestrebungen, den zusammengedrängten Massen der städtischen Bevölkerung wenigstens auf dem Wege der Kleingartenkolonien wieder eine Verbindung mit der Natur, ein Stück Lebensfreude und Gesundheit und einen Beitrag zur Lebensmittelförderung zu verschaffen, können in der Tat auf stattliche Erfolge zurückblicken. Der Deutsche Verein für Wohnungsreform, Berlin-Schöneberg, Neue Steinmühlstr. 4, der diese Bestrebungen

wiederholt erheblich gefördert hat, gibt jetzt in der neuesten Nummer seiner „Mitteilungen“ durch einen Artikel von Diplomingenieur Sutter-Frankfurt a. M. einen interessanten Überblick über das Wachstum und die Festigung des Kleingartenwesens in unseren großen Städten. Der Artikel gibt namentlich einige wichtige Zahlenangaben auf Grund einer Umfrage, die vor kurzem das Städtische Amt der Stadt Frankfurt a. M. veranstaltet hat. Danach kann in 37 großen Städten, die geantwortet haben, die Gesamtzahl der Kleingärtner gegenwärtig auf rund 300 000 geschätzt werden; ob und inwieweit in dieser Zahl etwa auch eine Anzahl Inhaber von Hausgärten inbegriffen sind, muß allerdings dahingestellt bleiben. Von diesen 300 000 Kleingärtnern wurden insgesamt 10 500 Hektar, das sind über 100 Quadratkilometer, bebaut. Einzelne Städte zeichnen sich durch besondere große Ziffern aus. So hat z. B. Altona rund 10 000 Kleingärtner und 380 Hektar bewirtschaftetes Gelände, Berlin (anscheinend ohne die Vororte) 48 000 Kleingärtner und 1450 Hektar, Bremen 25 000 und 1300, Hamburg 30 000 und 1800, Frankfurt a. M. 12 000 und 400, Kiel 25 000 und 1000, Nürnberg 10 000 und 170. Die Durchschnittsgröße des von einem tätigen Kleingärtner bewirtschafteten Geländes beträgt dreihundert Quadratmeter. Sehr groß ist auch das Wachstum der Vereine und Verbände der Kleingärtner. Es gab in den 37 großen Städten rund 900 solche Vereine, in denen 91 000 Kleingärtner organisiert waren; 1910 waren es erst 21 300, und 1900 gar erst 3200!

Auch die innere Entwicklung des Kleingärtnerwesens zeigt sich in günstigem Lichte, und besonders bemerkenswert ist die starke Unterstützung des Kleingartenbaues durch die Kommunalverwaltungen. In rund einem Drittel der 37 großen Städte bestehen Vereins-Mustergärten; in einigen Städten auch städtische Mustergärten. In 18 der Städte sind Vereinsberatungsstellen für das Kleingartenwesen vorhanden, in 17 gemeindliche Beratungsstellen; eigentliche Kleingartenämter bestehen in 12 Städten. Fast in allen größeren Städten erhalten die Kleingartenbestrebungen finanzielle Beihilfen, teils in Form von geldlichen Zuweisungen, teils durch Ueberlassung von Land unter sehr entgegenkommenden Bedingungen.

Besonders wichtig für das Kleingartenwesen ist natürlich die Landfrage. Nach einer Umfrage, die der obengenannte Herr Sutter bereits 1915 bei einer Reihe größerer deutscher Städte machte, ergab sich, daß der Landhunger nach Kleingärten fast überall so groß war, daß er sich auch nicht annähernd befriedigen ließ. Man darf die Hoffnung hegen, daß das seitdem durch die allgemein dem Kleingartenwesen zuteil gewordene Förderung besser geworden ist. Eine größere Zahl Städte geben sogenannte Dauer-gelände ab, das also auf längere Fristen verpachtet wird. Einige Städte sind bereits dazu übergegangen, oder sind im Begriffe, Kleingartenbaubläcke als feste, dauernde Bestandteile in die Bauungspläne aufzunehmen.

Die ganze Entwicklung zeigt, daß die alte, gute Eigenschaft des deutschen Volkes, die hingebende Liebe zum Boden und zu seiner Bearbeitung, noch nicht erloschen ist, sondern in zeitgemäßer Form kräftige neue Triebe hervorbringt. Nach Lage der ganzen Verhältnisse ist anzunehmen, daß eine weitere starke Entwicklung des Kleingartenwesens erfolgen wird. Das hat eine sehr erfreuliche Erscheinung — einmal an sich, dann aber auch, weil auf diesem Wege allmählich wieder eine Gewöhnung der städtischen Bevölkerung an Land- und Gartenarbeit erfolgt und damit diese Bevölkerung tauglicher wird für das wahrscheinlich doch in erheblichem Grade notwendige Rückströmen aufs Land.

Aus unserem Verufe.

An die Schildermaler Groß-Berlins!

Nach Schillers Motto in „Das Lied von der Glode“: „vivos roco“ muß ich Euch folgendes sagen:

Gewaltigen Andrang unorganisierter Kollegen erlebte unsere Organisation im Mai 1919. Grund: Wir hatten einen Streik, legten die Betriebe still: ergo — man brauchte den Verband. Einige Monate hindurch konnten wir mit der stattlichen Zahl 250 bis 300 organisierter Kollegen rechnen. Oft hörte man in den Versammlungen: „Die Schildermaler Groß-Berlins sind fast restlos organisiert“. Dann, als „der Verband“ dem Lohnseil gut die Gasse zeigte, zogen sich die Schlappmacher, die Flauen. Bereits Ende 1919 mußten wir hören, daß eine beträchtliche Anzahl unserer Kollegen „gestrichen“ werden mußten. Hauptgrund: ausgroße Rente. In der Vertrauensmännerziehung am 8. März 1920 wurden uns wiederum Kollegen verlesen, die „gestrichen“ werden mußten. Hauptgrund: ausgroße Rente.

Ich richte hiermit den dringendsten Appell an Euer Ehrgefühl, Kollegen! „Versucht und nichts würdig ist die Nation, die

nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre.“ Unsere Nation uns verlor in unserer Organisation, unserem Verband, wir hochzuhalten, Kollegen! Das ist Ehrenpflicht eines Dieses Schlappmachen ist meist Saumseligkeit. Regelmäßig Pferde klappen und mit großen Summen im Geldbeutel den stolzen spielen, das können unsere Kollegen. Aber die 1/2 Wochenbeitrag für ihren Verband bezahlen, das können sie Das wird vergessen. Und hinterher wird über den „Beck“ hergezogen, der immer so schnell mit dem „Streichen“ bei Hand ist. Armer Verband! Seid nicht so flau, Kollegen; Eure Schulden. Ehrenschnitten sind es, die Ihr macht, wenn schon eine Woche Eure Beiträge nicht pünktlich bezahlt habt, eine Ehrenschnitten habt Ihr so schnell wie möglich einzulösen, jeder schleunigst einen Brief in sein Quittungsbuch. Ordnung regiert die Welt. Müssen wir denn immer erst mit dem „Streichen“ kommen? Ihr schädigt Euch nur selbst, Kollegen! habt bei Neueintritt eine Kassenzeit abzumachen, um Unterhalt zu erhalten usw. Wenn erst Zügellosigkeit in unseren Reihen greift, dann sind wir fertig, Kollegen! —

Unser Vorsitzender, Kollege Richard Petermann, hat es angelegen sein lassen, zum 13. Mai 1920, dem Himmeljahrtage eine Herrenpartie anzulegen, um das „Sichkennenlernen“ der Legenschaft zu fördern. Wir müssen uns gesellig mehr zusammen tun, das stärkt den Zusammenhalt. Wer ein interessantes gnügen oder dergleichen arrangieren will, trete zu jeder Zeit praktischen Anregungen an den Branchenvorstand heran. Werden mit Lust und Liebe auch unter Hintansetzung unserer persönlichen Interessen alles tun, um den Kollegen Freude zu geben, sich Mitglied unseres Verbandes zu nennen.

Arthur Brauer, Schriftführer

Hohenberg a. Eger. Den Mitgliedern der hiesigen Bäckerei zur Kenntnis, daß Krankenunterstützung nur Sonntagsvormittag von 10 bis 12 Uhr, in meiner Wohnung ausbezahlt wird.

Der Zahlstellentaffierer Michael Seidel

Gewerkschaftliches.

An alle Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes!

Bekanntlich wird in nächster Zeit durch Abstimmung entschieden werden, ob größere Teile Ost- und Westpreußens, Oberschlesiens weiterhin zum Deutschen Reich gehören sollen. Abstimmung über Ost- und Westpreußen kann uns leicht überfallen, da kein Termin im Friedensvertrage festgelegt ist. Ueber die Bedeutung dieser umstrittenen Gebiete für das deutsche Volk wird wohl bei aufgeklärten Arbeitern kein Zweifel bestehen. Um die etwa 400 000 Abstimmungsberechtigten, die im ganzen Reich verstreut sind, rechtzeitig zu erfassen, müssen alle Verbände und Vereine eifrig mitarbeiten.

Wo größere Massen Abstimmungsberechtigter in Frage kommen, schließen sich alle örtlichen Vereine zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammen, die ihre Weisungen und das notwendige Material von der Zweigstelle des Deutschen Schutzbundes erhält.

Um jeden Stimmberechtigten zu erfassen und ein einheitliches Arbeiten zu ermöglichen, ist es notwendig, daß sich auch die Gewerkschaftslokale, Ortsausschüsse und Ortsverbände diesen Arbeitsgemeinschaften anschließen, sobald eine Aufforderung sie ergeht.

7 1/2 Millionen Mitglieder.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund dem gegenwärtig 54 Verbände angehören, hat eine Mitgliederzahl von 7 1/2 Millionen überschritten. Davon entfallen 1,6 Millionen auf den Metallarbeiterverband, 650 000 auf den Landarbeiterverband, 600 000 auf den Fabrikarbeiterverband, 540 000 auf den Transportarbeiterverband, 450 000 auf den Textilarbeiterverband, 430 430 auf den Bauarbeiterverband, 400 000 auf den Bergarbeiterverband, 400 000 auf den Eisenbahnerverband, 370 000 auf den Holzarbeiterverband, 367 000 auf den Angestelltenverband, 269 000 auf den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband, und 136 000 auf den Schneiderverband. Diese 12 Verbände umfassen mehr als 1 Million oder 83 Proz. aller Mitglieder des Bundes. Weitere Verbände haben eine Mitgliederzahl von 50 000 überschritten. 7 Verbände haben zwischen 20 000 bis 50 000 Mitglieder, 7 Verbände über 10 000 bis 20 000, 12 Verbände über 1000 bis 10 000 Mitglieder, und 2 Verbände über 1000 Mitglieder. Von der Gesamtzahl der Mitglieder gehören etwas über 5 Millionen Gruppe Industrie, Gewerbe und Bergbau, 917 000 zum Handel und Verkehr, 650 000 zur Land- und Forstwirtschaft, 670 000 den Staats- und Gemeindebetrieben, 157 000 zur Gastwirtschaft, Kunst und zu kaufmännischen Berufen, sowie 38 000 zur

ausstalt. Diese Zahlen sind ein Beweis dafür, daß der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in allen den genannten Berufsgruppen die berufene Vertretung der Arbeitnehmerschaft darstellt.

Heinrich Wentker gestorben.

Der langjährige Hauptkassierer des Verbandes der Maler, Heinrich Wentker, ist am 27. Februar, 59 Jahre alt, plötzlich und unerwartet aus seiner Tätigkeit gerissen worden. Nach Beendigung einer Vorstandssitzung, in der er tief einschneidende Pläne für eine Reform des Beitrags- und Unterstützungswesens seiner Organisation entwickelte, die einer zwei Tage später abgehaltenen Sitzung seines Verbandsbeirates unterbreitet wurden, wollte er eine geschäftliche Besorgung machen, von der er nicht zurückkehrte. Unterwegs von einem Schlaganfall heimgesucht, starb er wenige Stunden danach.

In Heinrich Wentker verliert der Malerverband einen überaus tüchtigen und gewissenhaften Führer, der den ihm anvertrauten Posten 30 Jahre lang mit Sachkenntnis und großer Umsicht versah. Sein gereiftes Urteil wurde allgemein geachtet. Er war indes kein einseitiger Sachwalter der ihm anvertrauten Finanzen, sondern nahm Anteil auch an allen übrigen in seinem Berufsverbände und in der Öffentlichkeit auftauchenden Fragen. Seit Gründung der „Volksfürsorge“ gehörte er deren Vorstand an und seit der Revolution ist er Mitglied der Hamburger Bürgerhaft.

Ein tragisches Zusammentreffen ist es, daß Wentker am gleichen Tage verschied, an dem sechs Jahre früher der damalige Vorsitzende des Malerverbandes, Tobler, auf gleich plötzliche Art verstarb, mit dem er nahezu 20 Jahre hindurch zusammen gearbeitet hatte.

Bermischtes.

Die Erwerbslosigkeit im Jahre 1919. Die neueste Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ bringt eine größere Arbeit über den Arbeitsmarkt im Jahre 1919. Danach betrug die Zahl der Arbeitslosen am 19. Februar rund 1 100 000, um dann allerdings langsam und, abgesehen von gelegentlichen Störungen und Schwankungen, gleichmäßig auf 1 076 000 am 9. März und etwa 1 000 000 im August und 386 818 Ende Dezember zu sinken. Bei Gelegenheit weist das „A.-Arbeitsbl.“ darauf hin, daß die Zahl der Erwerbslosen auch in England am 1. Mai 1919 400, im August rund 500 000 und am 31. Oktober immer noch 479 427 betrug, trotz der dort unvergleichlich günstigeren Gesamtlage.

Die Kinematographie und der Unfallschutz. Die österreichische Gesellschaft für soziale Technik läßt Filme herstellen, die eine Reihe von Bildern Unfallverhütungsmaßnahmen an Maschinen der verschiedenen Industriezweige, sowie Darstellungen der besten Hilfeleistung bei Unfällen zeigen, und beabsichtigt, diese in Wandervorträgen der Arbeiterschaft vorzuführen.

Kapitalismus und soziale Not. Das Leder ist bekanntlich knapp, doch würde die Lederversorgung bedeutend besser sein, wenn die kapitalistische Gier die Lederpreise nicht auf eine ungesunde Höhe triebe. In welchem engem Zusammenhange dieses kapitalistische Treiben mit der sozialen Not der Bevölkerung steht, läßt uns eine Statistik erkennen, die seinerzeit aufgenommen wurde, als der Krieg war und als Schuhe noch zu haben waren. Dr. Fürst berichtet hierüber in einer Arbeit über den Einfluß der sozialen Lage auf die Schulausganglichkeit. Danach kamen damals, in jener kriegsbeheerten Zeit, in einem Berliner Schulbezirk 12 Proz. der Kinder mit zerrissenen Schuhen in die Schule. Und der schädigende Einfluß der durchnähten und kalten Füße konnte damals wohl an dem Gesundheitszustande wie an der aufmerksamen Beteiligung dieser Kinder festgestellt werden. Wie werden da heute die sozialen Folgen dieser kapitalistischen Wirtschaftserrebnung sein.

Gewerbekrankheiten des Ohres behandelte Dr. A. Peyser, Berlin, auf der Versammlung der Deutschen otologischen Gesellschaft zu Kiel. Die Sterblichkeitsstatistik ist bezüglich der Ohrenleiden nur unvollkommen. Jedenfalls ist erwiesen, daß sich die Ohrenleiden in den Gewerbebetrieben häufen. Gewisse Betriebe, wie die der Bauarbeiter, sind, so heißt es, geschützt, andere, besonders die lärmgefährdeten Eisenindustriearbeiter usw., dagegen nicht. Peyser stellte eine Liste der Lärmbetriebe auf. Diese Betriebe hätten Ausnahme- und Kontrolluntersuchungen durch Ohrenärzte einzuführen.

Theorie und Praxis. Den Arbeitern wird in ihrem Kampfe die soziale Forderung oft das Urteil von Sachleuten entgegengehalten. Was man aber auf derlei Urteile oft geben kann, be-

weist uns das Urteil der Berliner Handelskammer, die sich jetzt dahin geäußert hat, daß eine Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer in größerem Umfange bei der heutigen Wirtschaftslage gar nicht möglich sei, da Gewinne entweder gar nicht verteilt werden könnten oder gering und deshalb einflußlos sein würden. Und dabei konnten wir vor kurzem noch die Feststellung der Waggonfabrik in der Mark bringen, bei der die Produktion durch die Gewinnbeteiligung der Arbeiter um 100 Proz. gestiegen ist. Im Anfang war die Tat, und grau ist alle Theorie.

Bur Schulung der Betriebsratsmitglieder findet zurzeit in Frankfurt a. M. ein vierwöchiger „Wirtschaftshandlicher Ausbildungskursus für Industriearbeiter“ statt, den die Gesellschaft für wirtschaftliche Ausbildung und das Gewerkschaftsblatt in Verbindung mit dem Institut für Wirtschaftswissenschaft an der Universität und dem technischen Bildungsausschuß veranstalten. Das Programm enthält der „Sozialen Praxis“ zufolge u. a. folgende Punkte: Die deutsche Wirtschaft unter den Friedensbedingungen von Versailles, Rentierliche Fabrikorganisation, Formen der Unternehmung, Industriebuchhaltung, Industriekalkulation, Wissen von Industrieunternehmungen, Unternehmung und öffentlicher Haushalt, Geld-, Wert- und Börsenwesen. Eine Nachahmung solcher Einrichtungen, wie sie erfreulicherweise auch schon hier und dort entstanden sind, wäre überall zu wünschen. Allerdings zeigen die Themata, wie leicht solche Veranstaltungen von reaktionären, privatwirtschaftlichem Geiste durchdrungen werden können, und es ist die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen, darüber zu wachen, daß dieser Geist vermieden wird.

Die Aussichten der englischen Steingutindustrie für 1920. Wegen der starken Nachfrage nach Steingutwaren sind die Fabrikanten in der Lage, die durch die Erhöhung der Eisenbahnfrachten eingetretene Vermehrung der Produktionskosten auf die Käufer abzuwälzen. Sehr viel einschneidender ist dagegen die Vervielfachung der Eisenbahnlagergebühren. Infolge der schlechten Verkehrsverhältnisse ist es häufig, daß das Eintreffen des Tons und der anderen notwendigen Rohstoffe sich sehr verzögert, bis dann auf einmal eine große Zahl von Waggons ankommen, deren Inhalt zu einem Teil bereits seit einem Monat, zum anderen Teil vielleicht erst seit einigen Tagen bestellt war. Das Unternehmen ist dann naturgemäß nicht in der Lage, die zahlreichen Waggons in kurzer Zeit zu entladen, und muß daher sehr hohe Lagergelder an die Eisenbahn entrichten. So wird durch Rohstoffmangel häufig der geregelte Produktionsgang unterbrochen. Trotzdem sind die Aussichten für 1920 günstig. In England selbst und in den Ueberseeländern herrscht steigende Nachfrage nach Steingutwaren, für hochwertige Artikel besonders in Südamerika, Südafrika, Australien und Neu-Seeland. Die Zukunft des englischen Steinguthandels liegt also in der Herstellung von Waren hoher Qualität; die Herstellung billiger und wertloser Waren würde England dem Ausland zu überlassen haben. Da die zurzeit bestehenden Fabriken die Nachfrage der nächsten Zeit nicht befriedigen können, wäre die Errichtung von etwa einem halben Duzend großer und moderner Fabriken, mit arbeitsparenden Einrichtungen und geeignet zur Herstellung hochwertiger Waren von bestimmter Einheitsform für den Massenbedarf, angezeigt. Der deutsche Wettbewerb dürfte für die nächsten 2 bis 3 Jahre ausgeschaltet sein; jedoch wird der Wettbewerb der billigen Waren der früher deutschen Fabriken in der Tschechoslowakei sich vielleicht in nicht ferner Zeit geltend machen. („The Times Trade Supplement“.)

Kapitalismus und Jugend. Es ist jämmerlich, wie wenig Rücksicht der Kapitalismus auf die besonderen Verhältnisse der Jugendlichen nimmt. Immer wieder stellt die Wissenschaft fest, in wie enger Weise die Berufsarbeit auf die Jugendlichen einwirkt, aber der persönliche Nutzen, den der Kapitalismus von dem Schaden der allgemeinen Gesundheit hat, ist zu groß, als daß die Verhältnisse geändert würden. So entwickelt sich nach den Ausführungen von Dr. Elsner, Dresden, in der Zeitschrift für orthopädische Chirurgie in den Jahren nach der Schulentlassung oft eine schnell fortschreitende Skoliose (Rückenschwäche), und zwar dadurch, daß der jugendliche Körper von der Berufsarbeit zu sehr in Anspruch genommen wird. Das ist der Segen der Privatwirtschaft.

Der Lebensabend unserer Alten. Die geistigen Störungen nehmen von Januar bis zum Juni einen allmählichen Anstieg, sodann einen schroffen Abfall bis zum September. Im November-Dezember weisen die geistigen Störungen dann einen abermaligen Nebengipfel auf. Wie Dr. Wilmanns, Heidelberg, in der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ ausführt, ist dieser Nebengipfel in den Kurben der städtischen Zugänge besonders ausgeprägt. Er tritt auch in der Kurve der über 60 Jahre Alten in die Erscheinung.

Die Vermutung liegt nahe, schreibt Willmanns, daß es sich nicht um sinnfällige geistige Störungen handelte, die zur Aufnahme der Alten in die Anstalten führten, sondern daß die bevorstehenden kältesten Monate den Anstoß gaben, die gebrechlichen alten Leute in Anstaltsfürsorge zu bringen. Das ist der Lebensabend der Alten des Proletariats.

Versammlungsberichte.

Numa. Unsere am 25. Februar stattgefundene Zahlstellenversammlung hatte einen schlechten Besuch zu verzeichnen. Obgleich die Arbeitererschaft reiflos organisiert ist, so ist doch das Interesse für den Verband nicht in dem Maße vorhanden, wie es sein sollte. Viele denken, das Versammlungsbesuchen sei überflüssig, denn wir haben ja einen Betriebsausschuß, der unsere Angelegenheiten mit der Firma regelt. Desgleichen ist es mit der Preiskommission. Die hat die Pflicht, für auskömmliche Löhne zu sorgen. Warum da noch in die Versammlungen gehen? Daß aber gerade durch diese Laune den an der Spitze stehenden Kollegen die Arbeit ungemein erschwert wird, das begreifen die Mitglieder nicht.

Nachdem die Versammlung eröffnet war, gab der Kassierer unter Punkt 1 den Kassenabluß vom 4. Quartal bekannt, worauf diesem Entlastung erteilt wurde. Unter Punkt 2, Kartellbericht, kam u. a. auch die Maifeier zur Sprache. Im Verlauf der Diskussion wurde der Antrag einstimmig angenommen, den 1. Mai unter allen Umständen durch Arbeitsruhe zu feiern, obgleich dieser noch kein gesetzlicher Feiertag ist. Ferner wurde beschlossen, daß alle Mitglieder, die sich nicht an der Feier beteiligen, 1 Mk. zur Deckung der Unkosten zu entrichten haben. Außerdem wurde beschlossen, den Kartellbeitrag pro Mitglied auf 40 Pf. zu erhöhen. Dafür hat das Kartell alle Entschädigungen für Sitzungen und dergleichen zu tragen. Unter Punkt 3 Betriebsangelegenheiten wurden Beschwerden vorgebracht gegen das Kontrollmarkensystem, das im hiesigen Betriebe existiert. Der Betriebsausschuß wurde beauftragt, bei den nächsten Verhandlungen dahin zu wirken, daß die Marken beseitigt werden, anderenfalls sind die Kollegen einig, die Marken einfach hängen zu lassen. Ein großes Uebel, das nicht gerade die Gesundheit der Arbeitererschaft fördert, ist das Anbrennen der Dejen, wobei die Arbeitsräume mit Rauch und Gasen dermaßen angefüllt werden, daß ein Arbeiten fast unmöglich wird. Diese Angelegenheit führte zunächst mit den Brennern zu scharfen Auseinandersetzungen, durch welche eine Abänderung aber nicht erreicht wurde. Infolgedessen wurde der Antrag angenommen, die Firma zu ersuchen, Abhilfe zu schaffen, wenn nicht anders möglich, durch die Gewerbeinspektion.

Unter Punkt 4 „Verschiedenes“ wurde das Benehmen des Hauptvorstandes den Mitgliedern gegenüber einer lebhaften Kritik unterzogen. Es handelt sich um folgenden Fall: Kollege Sattler, Mitglied des Arbeiterausschusses, wandte sich an den Hauptvorstand wegen entstandener Unstimmigkeiten bei der Auslegung des neuen Tarifes. Der Hauptvorstand begnügte sich damit, dem Arbeiterausschuß Mangel an eigenem Nachdenken und Verständnislosigkeit vorzuwerfen. Wir erwidern hierauf, daß der Hauptvorstand nicht aufgefordert war, über die Verstandsbildung der Arbeiterausschuß-Mitglieder ein Urteil abzugeben. Solches Urteil könnte von den Arbeiterausschuß-Mitgliedern vielleicht spöttisch verlacht werden. Der Hauptvorstand sollte, wie es seine Pflicht war, Auskunft erteilen, weil nach seiner Meinung Mangel an eigenem Nachdenken ein hervorstechender Zug in den Zahlstellenverwaltungen usw. sein soll. Oder soll vielleicht wieder jener „ideale“ Zustand herbeigeführt werden, nach dem der beschränkte Untertanenverstand weiter nichts zu tun hatte als: „Maul halten!“?

Berlin. Protokoll der Berliner Konferenz des 1. Agitationsbezirktes. Auf Anregung der Zahlstelle Teltow fand am 7. März eine sehr gut besuchte 4 1/2 stündige Konferenz der Groß-Berliner Zahlstellen im Lokal Wollschläger statt. Dazu hatten Delegierte entsandt die Zahlstellen Berlin-Charlottenburg, Velten, Teltow, Spandau und Hennigsdorf, sowie die Zahlstellen des 1. Agitationsbezirktes: Borsdamm-Driesen, Rheinsberg und Frankfurt (Oder). Das Bureau wurde durch Wahl einstimmig also zusammengesetzt: 1. Vorsitzender: Kollege Schulze (Berlin-Charlottenburg), 2. Vorsitzender: Kollege Dalibor, Schriftführer: Kollege Redlow (Berlin-Charlottenburg). Die anwesenden 28 Kollegen begrüßte der Vorsitzende, Kollege Schulze, herzlich und gab die Tagesordnung wie folgt bekannt: 1. Stellungnahme und Äußerung über unseren Reichstarif unter Berücksichtigung der Teuerungszulagen. 2. Stellungnahme zum Betriebsrätegesetz. 3. Agitations- und Organisationsfragen. 4. Diätenfrage.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Apel (Berlin-Charlottenburg) kurz und hauptsächlich über das Zustandekommen des Reichstaries, und forderte von den Zahlstellen Objektivität gegenüber dem Hauptvorstand. Letzterer ist zurzeit mit der Ansarbeitung neuer, allen Wünschen nachkommenden Forderungen beschäftigt. — Auf Antrag Heinrich (Teltow) gaben nun die Vertreter der einzelnen Zahlstellen Berichte und Situationsbilder über die Anwendung des Reichstaries in ihren Betrieben. Apel (Berlin-Charlottenburg) eröffnete den Reigen und sprach über die reflexe Anerkennung des Tarifes in der Staatsverwaltung über den heimischen Betrieb und über die Teuerungszulagen der Berliner Branchen. Aufträge sind reichlich vorhanden. Einzigster Mangel unterbindet fast überall die volle Betriebsführung. Seefeld (Spandau) berichtete über die hartnäckige Verhinderung des Reichstaries mit wenigen Ausnahmen. 2. Die Zahlstelle Teltow skizzierte den Verlauf der Lohnkämpfe an dem von der Fortschrittlichen in Hand mit dem Hauptvorstand. Er erklärte, die überhand alle Delegierte der Konferenz — schon den frühen Historikern in der Beziehung von gelerntem und ungelerten Arbeitern, forderte Abschaffung des Altkartells und eine Erhöhung der Löhne um mindestens 100 Prozent. Gerber (Teltow) bezeichnete die Ueberlastung des Hauptvorstandes als unhaltbaren Zustand, forderte weitere Einsparung von Sekretären und Eintritt einer tüchtigen Kraft in den Hauptvorstand; zur unbedingten

Wahrung der Interessen der ungelerten Kollegen. Maß (Rheinsberg) erstattete Bericht über Rheinsberg, beurteilte die tigen Reibereien zwischen Gelernten und Ungelernten durch die gerechte Bezahlung und forderte, daß die ungelerten (sonstigen) beider den gelernten fast gleichgestellt werden. — Ueber die hiesigen Verhältnisse sagte Wojad aus, besonders erwähnte er die klagenwerten Reibungen zwischen den hiesigen Metall- und Zellanarbeitern und bezeichnete es mit Recht als ein Trauerdal, daß „wir ein Jahr nach der Revolution hier wie die Juden um rechtigte Forderungen mit den im Golde schwimmenden Unternehmern schachern müssen!“ Sturzwege (Velten) geißelte den dortigen Handel mit den Unternehmern und erwähnte Unklarheiten Reichstaris. Er mißbilligte gleichfalls die ungleiche Bezahlung Gelernten und Ungelernten und forderte Klarheit über die „Groß-Berlin“. Grund: In Velten ist die Groß-Berliner Soziallage von 20 Proz. nicht gezahlt worden. Die Angelegenheit schäftigt den Schlichtungsausschuß. Wuttewitz (Borsdamm) berichte einen bestimmten Satz für die Kriegsschädigten im Reichstariestreitigkeiten sind in Borsdamm, wie er berichtete, an der Ordnung. Voigt (Frankfurt) bemängelte die totale Nichtbeachtung § 77 des Reichstaries und sagte aus, daß die Sonderteuerungszulage zu spät gezahlt worden ist. — Damit schlossen die Ausführungen Delegierten über den Reichstaris. Eine treffende, beachtenswerte merkung in dieser Aussprache sei hier noch erwähnt: Seinfeld (Teltow) sprach über die früheren und jetzigen Lohnverhältnisse. Wuttewitz (Borsdamm) sagte er: „Unsere Arbeitsleistungen sind im Verhältnis Friedensleistung vor sechs Jahren um 25 bis 30 Proz. erhöht. Ein enormen Prozentsatz schlägt der Unternehmer aus uns heraus, ihn uns überhaupt zu entlohnen. Und nicht zu vergessen: Das bezügliche bei verkürzter Arbeitszeit von 8 Stunden.“ — Zur nahme gelangte nach erfolgter Begründung folgender Antrag:

„Um die sonstigen Arbeiter an die Löhne der Sacharbeiter heranzubringen, stellt die Zahlstelle Teltow durch ihre Vertreter Antrag, bei Aufstellung des neuen Tarifes auf die Löhne der stigen Arbeiter einen Zuschlag von 50 Proz. zu fordern, und erst einen allgemeinen Zuschlag von mindestens 100 Proz., der näher diskutiert werden soll. gez.: Händchen.“ — Wuttewitz (Borsdamm) gab bekannt, den Hauptvorstand zu beauftragen (wörtlich), bei dem Abschluß des neuen Tarifes auf den Stand des Geldes der Saluta unseres Geldes zu stellen und danach die Erhöhung der Verdienste zu bewerkstelligen.“ Meier (Spandau) erörtert § 99 Reichstaries und verlangte Streichung des Wortes „Altkartell“. Folgende Anträge gelangten weiter zur Annahme:

„1. Der Hauptvorstand wird beauftragt, für die Zeit ab 1. Februar eine den Verhältnissen entsprechende einheitliche Teuerungszulage zu fordern. Händchen (Teltow).“

„2. Dem Hauptvorstand wird anheimgegeben, für die Zukunft also nach Ablauf des Manteltarifes, den Tarif auf der Grund der gleitenden Lohnskala abzuschließen. D. Schulte (Berlin-Charlottenburg).“

„3. Die Abstufung für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen § 27 folgendermaßen zu stellen: „16–18 Jahren, und über 18 Jahren Sturzwege (Velten).“

Zu Punkt 2 der Tagesordnung (Betriebsrätegesetz) äußerten kurz Apel (Berlin-Charlottenburg), Schulze (Berlin-Charlottenburg), Dalibor (Teltow), Händchen (Teltow) und Wuttewitz (Hennigsdorf). Apel empfahl Anschaffung eines Kommentars zum Gesetz (nützlich auch für die Bibliothek). Wojad riet zum Zusammengehen von Arbeitern und Angestellten bei den Betriebswahlen.

Punkt 3 (Agitations- und Organisationsfragen) brachte vieles zur Beachtung. Schulze (Berlin-Charlottenburg) leitete die Aussprache ein. Er würdigte den großen Zustrom zur Organisation nach dem November 1918, vergaß aber auch nicht die andere unerliche Seite, indem er monierte, daß leider noch hier und dort unorganisierte Kollegen als Mitesser so manche Errungenschaften des Verbandes genießen, im übrigen aber den Verband „nicht nötig haben.“ (Kräftiger Zuruf: „Über den Knüppel!“ Das, vom Scherzhafte Ernsthaftes bedeutet, lautet: „Unermüdbliche Agitation!“ D. Schulze schloß mit den Worten: „Wir brauchen eine geschlossene Front und keine Streikbrecher, denn nur allzu bald steht der Aufstand ein zu neuen großen Kämpfen! Darum, Kollegen, seid der Wacht!“ Sturzwege (Velten) schlug vor, ein Kartell zu bilden und zu korrespondieren. Wuttewitz (Rheinsberg) Gründung der großzügigen Industriennion. Händchen (Teltow) riet, alle eine Sitzung der brandenburgischen Zahlstellen abzuhalten und mit der Forderung: „Die geeinte Front der Arbeiter gegen die einte Front der Unternehmer.“ Wuttewitz (Rheinsberg) forderte vom „Ameise“-Redakteur Veröffentlichung der Berichte ohne liche Streichung. Möbius (Rheinsberg) richtete scharfe Augen gegen den Genossen Schneider wegen Kürzung und Ablehnung (großförmiger Beantwortung) von eingesandten Artikeln. Apel (Berlin-Charlottenburg) forderte auf, dem Hauptvorstand die Anregungen geben, mit den heute vertretenen Zahlstellen, die 2371 Mitglieder weisen, einen Gau Mitteldeutschland (oder auch Norddeutschland) gründen. — Nach Klärung der Diätenfrage dankte Kollege Schulze allen Anwesenden für die lebhafteste Teilnahme und die mannigfachen Anregungen und schloß dann die Konferenz. — Als Finale seien ein paar schnelle Notizen über die Stimmung der Konferenz hier laßt. Allgemein wurde erbittert zum Ausdruck gebracht, daß augenblicklichen Lohnverhältnisse bei der stetig schwellenden Teuerung den heutigen Lebensbedingungen durchaus nicht Rechnung tragen, mal wir im Verhältnis zu anderen Arbeitskategorien als bezifferte Arbeiter am schlechtesten bezahlt werden. Tempora mutant et nos mutamur in illis, sagte schon anno Domini der Vaterzeit. Zeiten ändern sich und wir mit ihnen. — Stimmt, die Zeiten sich wieder einmal gewaltig geändert, die Lebenshaltung der Arbeiter vom Feld“ auch, nur die des Arbeiters immer noch nicht. Man ist sehr geringstes soziales Gefühl unentwegt weiter aufpassen saugen. Sorgen wir durch unverzagtes Kämpfen damit, sich die volle Tiefe des alten Sages auch für uns bewahrheitet.

Wrambach. Der Vorsitzende, Kollege Barth, eröffnete die Versammlung, ließ die Kolleginnen und Kollegen herzlich willkommen und erklärte, sein Amt nicht mehr weiter führen zu können, da er bereits in Wochen nicht mehr in der Porzellanfabrik tätig ist. Hierauf wird man zu Punkt 1 der Tagesordnung: Wahl eines Vorsitzenden und zweier Revisoren. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Peter Freisinger, Revisoren die Kollegen Hans Buchta, Dreher, Franz Großer, Brenner, vorgeschlagen und einstimmig gewählt. Punkt 2: Bezahlung der Wartezeit, an der wegen Mangel an Kapfen nicht gearbeitet werden konnte. Infolge der sofortigen Entlassung unserer Kollegen Barth (Kapseldreher) mußte ein großer Teil der Arbeiter beinahe 14 Tage bzw. 4 Wochen ausbleiben. Nach Wiederaufnahme der Arbeit forderte ein Kollege die Bezahlung dieser Zeit, wurde aber vom Herrn Direktor mit den Worten abgelehnt, daß in Mennig gezahlt wird. Dieser Punkt wurde in der Versammlung eingehend besprochen und die Betriebsleitung auf den § 45 des Reichsarbeitsgesetzes aufmerksam gemacht. Im Weigerungsfalle wird es dem Schlichtungsausschuß übergeben werden. Punkt 3: Sofortige Entlohnung der Arbeiter nach Tarifklasse 2b und Nachzahlung ab 1. Januar 1920. Nachdem die Fabrik bei den Tarifverhandlungen in die Ortsklasse 2b eingereiht ist, wird bis heute nach Lohnklasse III entlohnt. Ueber diesen Punkt wurde von den Kolleginnen und Kollegen energisch protest erhoben. Der Herr Direktor wird in einem Schreiben aufgefordert, sofort die Lohnklasse 2b ab 1. Januar 1920 nachzuzahlen. Punkt 4: Einreichung unseres Ortes in Ortsklasse 2a. Es wurde den Mitgliedern zur Kenntnis gebracht, daß der Antrag bereits gestellt ist. Es wurden auch schon unserem Gauleiter Hirsch die nötigen Unterlagen geschrieben. Punkt 5: Verschiedenes. Bei diesem Punkt kam die auswärtigen Facharbeiter die Forderung, eine 25 prozentige Zulage zu verlangen, was von den Kolleginnen und Kollegen abgelehnt wurde. Außer diesem Antrag wurden der Betriebsleitung schriftlich noch einige kleine Anfragen vorgelegt und erledigt. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Bitte an die Anwesenden, die Versammlungen fleißiger zu besuchen wie bisher, denn nur durch einmütiges und geschlossenes Vorgehen können wir zu unserem Ziele gelangen.

Hörscht. Die am 29. Februar stattgefundene Zahlstellenversammlung war leider wieder sehr schlecht besucht. Dieselbe wurde um 10 Uhr vom Vorsitzenden eröffnet mit Bekanntgabe der Tagesordnung. Der Kassierer erstattete zunächst den Kassenbericht vom vierten Quartal. Da Kasse und Bücher in Ordnung waren, wurde der Kassierer entlastet. Zu Punkt 2 protestierte die Versammlung aufs heftigste gegen den heutigen Tarifvertrag; sie ersucht den Vorstand, baldige Lösung des Vertrages zu bringen, indem trotz einiger Verbesserungen der Lohn nicht zureicht und den heutigen Preissteigerungen nicht angepaßt ist. Auch die vielen Lohnklassen brauchen nicht. Die Verhältnisse liegen wie in Selb und trotzdem sind wir in Klasse 2b. Wir stellen uns auf den Standpunkt der Zahlstellenversammlung, auf Einteilung in kleinere Gänge. Zu Punkt 3 wurde angeregt, die Wahl der Betriebsräte in den Abteilungen vorzunehmen. Ferner wurde beschlossen, ein Konzert zu veranstalten. Weiter nichts vorliegend, schloß der Vorsitzende die Versammlung. **München.** Der 2. Vorsitzende, Kollege Seb. Buchner, begrüßt die Versammlung vom 28. Februar, entschuldigt unseren 1. Vorsitzenden (plötzlichem Verreisen) und gibt zur Tagesordnung bekannt: 1. Geschäftliches. 2. Reichstaxi. 3. Betriebsratswahl. 4. Verschiedenes. Zum „Geschäftlichen“ unterbreitet der Vorsitzende, daß die Kollegen in den Münchener Malereien in einer Lohnbewegung stehen und Preissteigerungen. Die Kollegen geloben, ihre gerechten Forderungen strikte durchzuführen, wünschen, daß die Verwaltung möglichst die weiteren Schritte unternimmt, nötigenfalls beim Schlichtungsausschuß. Unter Punkt 2 entspann sich eine sehr lebhaft Diskussion. Im Verlauf derselben wurde folgende Resolution vom Kollegen Jakob Weiß, Rhympfenburg, der Versammlung unterbreitet, die der Vorsitzende an den Hauptvorstand weiterleiten soll:

„Die Kollegen der Porzellan-Manufaktur Rhympfenburg erklären sich mit folgender Resolution an den Hauptvorstand betreffs neuen Reichstaxi einverstanden. Sie sehen den größten Teil des Vertrages als ein Abkommen an, das dem neuen Geist der heutigen Zeit nicht entspricht. Wirtschaftlich bedeutet der Vertrag eine Verleumdung der Arbeitskollegen in unserem Berufe. In sozialer Hinsicht ist derselbe ein Schlag ins Gesicht der Kollegen, da speziell ungelernten Arbeiter und schlechten Verdienner, die der wirtschaftlichen Lage am ärgsten ausgesetzt sind, in keiner Weise durch diesen Vertrag zuvorgekommen werden.“

Die Versammlung ist der Ansicht, daß in Zukunft keine solche Forderungen mehr abgeschlossen werden dürfen, die nichts anderes bedeuten, als eine fortwährende Ausbeutung unserer Arbeitskraft, im Gegensatz zu den Riesengewinnen der Unternehmer. Da dieser Vertrag ein Produkt des alten gewerkschaftlichen Systems ist, welches wir in Zukunft auf das entschiedenste bekämpfen wollen, ersuchen wir unsere Kollegen, in unserem Sinne zu wirken, indem wir unsere Forderungen im revolutionären Geiste umwandeln wollen. Nur auf der Basis kann die Arbeiterschaft zu ihrem Rechte gelangen. Die Versammlung verlangt, daß das Lohnabkommen am 1. März gekündigt und den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend erhöht wird.“

Die Resolution wurde von der Versammlung angenommen. Zur Betriebsratswahl macht unser Kollege Seb. Buchner recht belehrende Ausführungen. Kollege Eichenbach bittet, daß sich recht viele Kollegen den Betriebsratswahlen beteiligen möchten, damit das, was uns gegeben, ausgenutzt wird. — Unter Punkt Verschiedenes werden einige Betriebsangelegenheiten erledigt. Hierauf folgte Schluß der Versammlung. Anwesend waren 78 Mitglieder.

Stajel. Der äußerst mangelhafte Besuch unserer letzten Zahlstellenversammlung gibt uns Anlaß, von dieser Stelle aus an alle Mitglieder der Zahlstellen Stajel den dringenden Appell zu richten, bei der Zahlstellenversammlung nicht weiter einzubringen zu lassen. Der regelmäßige Besuch der Zahlstellenversammlungen gehört genau so gut zu den Pflichten eines Verbandsmitgliedes, als das Beitragszahlen. Die Versammlung hat beschlossen, daß unentschuldigtes Fernbleiben bei den Versammlungen zu Geldstrafen führt. Die Verwaltung legt das größte Gewicht darauf, daß jedes einzelne Mitglied freiwillig seinen

Pflichten nachkommt. Mitglieder, die nicht mit Lust und Liebe und aus Überzeugung für unsere hohe Sache der Organisation dienen wollen, sind für die Gesamtheit kein Gewinn. Soll die Verwaltung als Vertrauenskörper für die gesamte Kollegenschaft am Orte ihrer Aufgabe gerecht werden und die beruflichen Interessen derselben schützen, dann muß sie auch überzeugt sein dürfen, im Auftrage und im Sinne aller Kolleginnen und Kollegen zu handeln. In Zukunft werden Beschwerden der Mitglieder nicht mehr im Betriebe, sondern nur noch in den Versammlungen entgegengenommen; denn nur dort ist der Platz, wo jedes Mitglied sich frei und unbeschränkt äußern darf.

Kolleginnen und Kollegen! Laßt es bei diesem Aufruf bewenden, beachtet denselben, erfüllt in Zukunft unaufgefordert eure Pflicht und erscheint pünktlich in allen Veranstaltungen der Zahlstellen. Der Ernst der Zeit erfordert, daß jedes Mitglied auf dem Posten ist; wir wissen nicht, was die Zukunft uns noch bringen kann und wird.

Die Zahlstellenverwaltung Stajel.

Stadtlengsfeld. Am Sonnabend, den 28. Februar, fand im Vereinslokal „Gasthaus zur Schönenburg“ unsere Zahlstellenversammlung statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Kartellbericht. 2. Quartalsabschluss. 3. Wahl des Betriebsrates. 4. Bericht des Arbeitsausschusses. 5. Verschiedenes. Der Vorsitzende, Genosse Meißel, eröffnete um 8 Uhr die Versammlung und ließ den aus der Kollegenschaft zurückgekehrten Kollegen Ziegler herzlich willkommen. Punkt 1: Kartellbericht. Derselbe wurde vom Kollegen Simon Stadler in ausführlicher Weise gegeben. Der Kartellbericht wurde von 15 Pf. pro Mitglied auf 30 Pf. festgesetzt. Punkt 2: Quartalsabschluss. Denselben gab der Kollege Arthur Brandt. Die Einnahmen der Verbandskasse betrugen 2399,73 Mk., die Ausgaben 2184,92 Mk. Im 12. Monatsfonds waren die Einnahmen 272,62 Mk., die Ausgaben 235,37 Mk. Am Jahresabschluß betrug die Mitgliederzahl 193 und gegenwärtig 217. Die Bücher waren von den Revisoren geprüft und Kasse sowie Bücher wurden in bester Ordnung und Sorgfalt vorgefunden, daraufhin wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Punkt 3: Wahl des Betriebsrates. Kollege Göb hielt einen längeren Vortrag über das Betriebsratengesetz. Weil die Versammlung leider nur von 1/3 der Mitglieder besucht war, wurde beschlossen, die Wahl des Betriebsrates zurückzustellen. Die Versammlung beschloß, daß der Arbeiterausschuß und die Verwaltung die Kandidatenliste aufstellen und einer der nächsten Versammlungen Vorlage machen sollen. Punkt 4: Arbeiterausschußbericht. Genosse Meißel gab denselben. Der Vorschlag der Direktion, die Arbeitszeit von Montag bis Freitag auf 9 Stunden festzusetzen, dafür den Sonnabendnachmittag frei, wurde abgelehnt. Zu Verschiedenes wurde beschlossen: 1. Eine Eingabe an den Bürgermeister zu machen, um Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung. Es wurden folgende Sätze angenommen: Für Männliche von 16—17 Jahren 5 Mk. pro Tag, von 17—18 Jahren 7,50 Mark pro Tag, über 18 Jahre 10 Mk. Für Weibliche 4 Mk. pro Tag. Die Zuschläge für Kinder sind weiter beizubehalten. 2. Ein Gesuch an den Reichsloshauskommissar zu richten um Mehrbelieferung von Kohlen, damit die Arbeitslosigkeit hier am Orte etwas gedämpft wird. 3. Ein Gesuch zu richten an den Vorstand der Ausführungskommission um Unterstützung aus dem vorhandenen Fonds für die Arbeitslosen. 4. Ein Schreiben an den Kommunalverband zu richten, zwecks Beschaffung von Schuhen, Kleidungsstücken und Wäsche für die arme Bevölkerung zu billigen Preisen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung um 12 Uhr.

Zwidau. Unsere außerordentliche Zahlstellenversammlung am 27. Februar umfaßte folgende Punkte: 1. Geschäftliches. 2. Vortrag über das Betriebsratengesetz. 3. Stellungnahme zum neuen Tarif. 4. Verschiedenes. Vorsitzender Kohnert eröffnete die Versammlung, indem er alle Mitglieder aufs herzlichste begrüßt und ging sodann zur Tagesordnung über. Zu Punkt 1 erhielt der Kassierer Albin Hofmann das Wort. Er erstattete einen ausführlichen Bericht über den 4. Quartalsabschluss. Als darauf alle Kassenberichte als in bester Ordnung gefunden erklärt waren, wurde der Kassierer entlastet. Zu Punkt 2 erhielt Kollege Oberhard das Wort, welcher uns in einem Vortrage gute Aufklärung zum Betriebsratengesetz gab. Er wies vor allem darauf hin, daß bei den kommenden Wahlen besonders darauf geachtet werden soll, daß nur revolutionäre Kräfte nach reichlicher innerlicher Überzeugung gewählt werden sollen (!). Dieser Antrag wurde von allen Mitgliedern bekräftigt. Der Vorsitzende bedankte sich im Namen der Mitglieder bei Kollegen Oberhard für die gute Aufklärung und ging zu Punkt 3 über. Hierzu erhielt Kollege Ehard das Wort. Er schlug vor, daß für die neuen Tarifangelegenheiten eine Kommission gewählt werden soll in Stärke von 4 Mann, die die Forderungen ausarbeiten sollen und dann die Sache an den Hauptvorstand schicken. Dieser Antrag wurde von allen Mitgliedern unterstützt. Es wurden zu dieser Kommission einstimmig gewählt die Kollegen Frieze und Schlenker und Kolleginnen Brüderlein und Dietrich. Kollege Frieze erhielt hierzu nochmals das Wort und schlug vor, vor allem im neuen Tarif dahin zu arbeiten, die Abschaffung der Altkorarbeit zu erreichen. Bei uns ist es sonst unmöglich, Ordnung in den Tarifloshaus hineinzubringen. Durch eine schlechte, unregelmäßige Arbeitsverteilung werden nur Höchstverdiener als Muster für die anderen Kollegen gezogen. Es ist traurig genug, daß zur jetzigen Zeit noch solche große Ausnahmen unter den Kollegen gehegt werden. Wir wollen doch alle für einen, und einer für alle eintreten und nicht immer gegeneinander Misstrauen hegen. Von vielen Mitgliedern wurde der Antrag des Kollegen Frieze unterstützt. Nun kommen wir zu Punkt 4, Verschiedenes, wozu Kollegin Werner das Wort erhielt. Sie gab bekannt, daß hier in der Malerei Sachen vorkommen, die zur jetzigen Zeit nicht mehr vorkommen dürften. Zum Beispiel: Fast jeden Tag werden wir tituliert mit Ochsen, Rindviecher und Ländliche Gesellschaft von Herrn Obermaler Kern. Wir erhoffen, daß solche Schwestern in Zukunft wegfallen, denn es hat jetzt jeder für sich zu tun und glauben doch ganz sicher, daß es keine zwei Klassen unter den Menschen gibt. Also es mag eine Warnung für Herrn Obermaler Kern sein. Auch in der Baderei kommen ähnliche Fälle vor, wie viele Kolleginnen berichten. Der Vorstand gab dann bekannt, daß, wenn wieder mal solcher Fall vorkommt, mit ganz radikalen Mitteln eingegriffen werden muß. Nun, wir wollen hoffen, daß in Zukunft in der Zwidauer Porzellanfabrik das alte Sied, was hier immer noch

wie früher gepfiffen wird, einen anderen Klang bekommt. Darum legen wir allen nochmals ans Herz: Wählt nach genauen innerlichen Überzeugungen zum Betriebsrat. Da weiter keine Anträge an den Vorstand gestellt wurden, schloß er die Versammlung um 1/9 Uhr.

Schmiedeberg, Erdmannsdorf, Haselbach.

Den Mitgliedern dieser drei Orte zur Kenntnis, daß sich das Bureau der Zahlstelle seit dem 1. März in Schmiedeberg, Kirchstraße 9, befindet.

Alle Zuschriften sind zu richten an den Geschäftsführer der Zahlstelle.

Otto Kretschmann, Schmiedeberg i. Riesengeb., Kirchstr. 9, part.
Die Zahlstellenverwaltung.

Versammlungs-Anzeigen.

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Vonn. Sonnabend, 20. März, abends 6 Uhr, in der Phönixhalle, Kölnstr. 17.

Gräfenhain. Sonnabend, 27. März, abends, im Steigerhaus.

Schweidnig. Sonnabend, 20. März, abends 8 Uhr, bei Brosig.

Wittenberg. Montag, den 22. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, in Piescher im Volksheim (oberer Saal).

Adressen-Änderungen.

Offizierwerda. Vorsitzender: Richard Ulrich, Maler, Viehla, Berlinerstr. 191; Schriftführer: Max Seyme, Dreher, Kraupa.

Gräfenhain. Sonntag, den 28. März, nachmittags 3 Uhr, bei Arnold, für die Betriebe Lippelsdorf, Taubenbach, Bock & Teich und Piesan.

Montag, 29. März, abends 7 1/2 Uhr, im „Schützenhaus“.

Grünstadt (Pfalz). Schriftführer: Heinrich Bügenburg, Maler, Bleichgraben 19.

Dos i. Baden. Vorsitzender: Otto Ruffi, Maler, Singheimerstraße 32; Schriftführer: Wilh. Schwarz, Dreher, Singheimerstr. 34; Kassierer: August Bruder, Maler, Singheimerstr. 32; Revisor: Theodor Gebon, Maler, Singheimerstr. 34.

Dicksch. Schriftführer und Revisor: Rudolf Weigel, Am Brühl. Stadtkm. Kassierer: Ernst Cramer, Drucker, Markt 17.

Glas-maler! Achtung!

Auf einer Zusammenkunft der Glas-maler der Dresdener Gegend wurde beschlossen, daß die Glas-maler untereinander Verbindung suchen sollen, zwecks einheitlicher Regelung der Löhne. Es wurde angeregt, eine Versammlung der Maler aus verschiedenen Betrieben zu veranstalten: als Tagungsort wurde vorläufig Bischofswerda in Vorschlag gebracht. Die Kollegen werden aufgefordert, sich hierzu zu äußern, eventuell weitere Vorschläge zu machen.

Zuschriften sind zu richten an Franz Hasel, Rameau i. Sachsen, Klosterstr. 5, I.

Sterbetafel.

Althalsbensenleben. Johann Maxara, Dreher, geboren am 12. Februar 1894 in Althalsbensenleben, gestorben am 9. März 1920 an Grippe und Lungenentzündung. Mitglied seit 1918.

Arzberg. Andreas Fürbringer, Dreher, geboren am 10. November 1884 in Arzberg, gestorben am 3. März an Lungenentzündung. Mitglied seit 1901.

Berlin-Charlottenburg. Hermann Werner, Dreher, geboren am 20. Dezember 1858 zu Magdeburg-Buckau, gestorben am 6. März an Asthma. Mitglied seit 1897.

Elsterwerda. Selma Wesner, Arbeiterin, geboren am 4. August 1858 in Bockau, gestorben am 25. Februar an Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

Hasla. Karl Reichenbach, Ratsarbeiter, geboren am 5. Juni 1852 in Richte, gestorben am 1. März an Lungenleiden. Mitglied seit 1906.

Marie Reinhardt, Packerin, geboren am 9. Mai 1865 in Schirnewitz, gestorben am 5. März an der Grippe und Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.

Reinhalsbensenleben. Max Wolf, Dreher, geboren am 24. September 1865, gestorben am 6. März an der Grippe. Mitglied seit 1908.

Stansowitz. August Nickel, Maler, geboren am 19. Dezember 1883 in Zedlitz, gestorben am 10. Februar an der Grippe. Mitglied seit 1917.

Walsenburg. Erich Otte, Maler, geboren am 26. Dezember 1892 zu Seifersdorf bei Sorau, gestorben am 27. Februar an der Grippe. Mitglied seit 1912.

Franz Hübel, Packer, geboren am 1. April 1895 zu Bronzendorf, gestorben am 27. Februar an Lungenentzündung. Mitglied seit 1919.

Anna Fiedler, Brauhausarbeiterin, geboren am 16. August 1890 in Bronzendorf, gestorben am 27. Februar an der Grippe. Mitglied seit 1919.

Marie Dittich, Arbeiterin, geboren am 26. März 1902 in Arzberg a. Schellen, gestorben am 22. Februar an der Grippe. Mitglied seit 1919.

Reichenhalsbensenleben. Anton F. Hard, Maler, geboren am 28. März 1869 in Giessen (Preußen), gestorben an den Folgen einer Operation am 22. Februar. Mitglied seit 1918.

Waldschütz. Johanna Walberer, geboren am 19. April 1904, gestorben am 5. März an der Grippe. Mitglied seit 1919.

Ehre ihrem Andenken!

Höppelsdorf.

Wegen Uebergabe der Bibliothek und Feststellung des Bestandes werden die Mitglieder ersucht, alle noch in ihren befindlichen Bibliotheksbücher sofort an den Kollegen Lederer abzugeben.
Der Schriftführer

Arbeitsmarkt.

Porzellanformer, 36 Jahre alt, in allen vorkommenden Arbeiten der Geschir- und Luxusbranche bewandert, 20 Jahre in größerer Fabrik als Ober- und Musterformer tätig gewesen, sucht Stellung. Off. Offerten unter B. E. 22 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Zweiter Werkmeister

gesucht, der in der Gipserei-Branche (Figuren) absolut firm Lebensstellung.

Ferner suchen wir Gießer und Figurenpoker zu Tariflöhnen.
Heinrich Muthhoffs Erben, Figurenfabrik, Breslau, Löschstr.

Geschäfts-Anzeigen.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmiere

sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen

Emilheimer, Langewiesen b. Elm., M.

Für alle Goldabfälle, wie Altsch, Schmiere, Lappen, Flaschen usw. zahle die höchsten Preise. Machen Sie einen Versuch und Sie werden mein Kunde bleiben.

H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, S.

Goldhaltige Schmiere — Lappen — Altsch — Pinsel — Flaschen — Malrückenstände usw. zum Einschmelzen kauft

M. Köhler, Dresden-N., Gerichtstr. 8, II.
Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Emil Böhme • Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Glanzgold, Goldschmiere u. alle goldhaltigen Stoffe.
Bestes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung.

Man verlange Prospekte.

Goldschmiere, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Golderei vorkommenden Abfälle kauft zu höchsten Tagespreisen schneller und reeller Bedienung Oskar Rottmann, Stadtkm. i. D.

Glanz-Ruber und Poliergold (auch kleinstes Quantum) kauft laufend Paul Wagner, Mühlstr. Westfalen, Steinfurterstr. 132.

Schwämme

werden immer teurer, daher sofortiger Einkauf unerlässlich. * * * * *

Offertiere: Bismocasschwämme zu 8, 13, 15 bis 35 Mk. Stück für Dreher, Glasur-, Brenner-, Drucker-, Garnier- usw. Schwämme von 1 Mk. bis 8 Mk. pro Stück, hierfür auch geeignete Altschwämme, das Kilo 120 und 200 Stück enthaltend, pro Kilo 250 bis 300 Stück. Große Hartheadschwämme für Steingutfabriken, das Kilo 35 bis 40 Stück enthaltend, 350 Mk. pro Kilo. Große prima Elefantenschwämme, Kilo 650 Mk. Versand nur auf feste Vertrauensbestellung, nicht unter 600 Mk. Abgabe einzelner Schwämme als Muster oder Anprobefendungen wird höflichst abgelehnt.

S. Michelsohn, Schwammgroßhandlung, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 11.
Telephon: Alexander 2478.

Achtung! Selbstverbraucher! Unter Freunden! Sie sparen viel Geld, wenn Sie den echten Nordhäuser Rektabak, prima Qualität, à 1.50 Mk., Versand schon v. 2 Rollen ab unter Nachn., von mir beziehen. Ein Versuch führt zu dauernd. Nachbestellung. Kein Scheitern, daher billiger. Streng reelle Bedienung. Postkarte genügt.

Ed. Petermann, Hermsdorf, S.-A., Schulstr. 20.

Dank.

Ich, Unterzeichneter, spreche hiermit der Arbeiterkassen hiesiger Porzellanfabriken für die reichliche Spende, 332.50 Mk., die mir überreicht hat, meinen herzlichsten Dank aus.
Güntensteinach, den 7. März 1920. Christian Hennings

Gepr.
1895.

Beste
Qualität.

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art



Reicht
nicht
aus
auf
Kasse

Reicht
nicht
aus
auf
Kasse

Schäfer Zwickau, S., Osterwischstr. 32

Herzog, v. Verband d. Porzellan- u. verm. Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr.
Verlag: Wilhelm Herben, Charlottenburg, Rosinenstr.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstr. 22.